

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
I. Einleitung	1
II. Das Zweikammersystem	7
1. Die Verbreitung des Zweikammersystems	7
2. Der Ursprung und die Wurzeln des Zweikammersystems.....	8
2.1. Die Vorbilder aus der Antike	8
2.2. Die Entwicklung ab dem Mittelalter	9
2.3. Das US-amerikanische und französische Modell des Bikameralismus	10
3. Die Gründe für die Schaffung Zweiter Kammern.....	11
4. Die Definition der Zweiten Kammer	14
5. Die Nomenklatur der Zweiten Kammer	16
6. Die Legitimation des Zweikammersystems	16
7. Die verschiedenen Gesichtspunkte des Bikameralismus	18
7.1. Die Mäßigung der Gewalten.....	18
7.2. Der Garant für politische Stabilität.....	18
7.3. Der Schutz von Minderheiten	19
7.4. Die bessere Repräsentation der Gliedstaaten und des Volkes	19
7.5. Die bessere Gesetzgebung durch doppelte Beratung	20
7.6. Die Stärkung des Gesamtsystems.....	21
7.7. Die langen Entscheidungsprozesse	21
8. Die Unterscheidungsmerkmale zwischen der Ersten und der Zweiten Kammer.....	22
8.1. Die Entsendungsweise	22
8.2. Die Zusammensetzung	23
8.2.1. Das geometrische Prinzip	23
8.2.2. Das arithmetische Prinzip	24
8.3. Die Mitgliederstärke.....	24
8.4. Die Amtsperiode	25
8.5. Die Aufgaben	25
8.5.1. Die legislative Funktion	25
8.5.2. Die sonstigen Aufgaben	26
8.6. Die sonstigen Differenzierungskriterien	27

9.	Die Formen des Bikameralismus auf inter- und supranationaler Ebene	27
10.	Resümee	28
III.	Die historische Entwicklung der Zweiten Kammern.....	30
A.	<i>Die historische Entwicklung der Zweiten Kammer in Italien....</i>	<i>30</i>
1.	Die Anfänge des Bikameralismus	30
2.	Der Senat von 1848 bis 1946	30
2.1.	Der Senat zwischen 1848 bis zum Beginn des Faschismus	30
2.2.	Der Senat während des Faschismus (1922 – 1943)	36
2.3.	Die Übergangszeit (1943 – 1946).....	38
2.3.1.	Die letzten Kriegsjahre.....	38
2.3.2.	Die nationale beratende Versammlung.....	40
3.	Die Verfassunggebende Versammlung (1946 – 1948)	40
3.1.	Die Entscheidung zwischen Uni- oder Bikameralismus.....	41
3.2.	Die Ausgestaltung des Senates	43
4.	Die Phasen des italienischen Parlamentarismus nach dem Zweiten Weltkrieg	45
4.1.	Die Ära des Centrisimo (1948 – 1963)	45
4.2.	Die Periode von Mitte-Links-Koalitionen (1963 – 1976)	46
4.3.	Die Ära der Solidarietà nazionale (1976 – 1979).....	47
4.4.	Die Zeit des Pentapartito (1979 – 1992)	47
4.5.	Tangentopoli und der Beginn der sog „Zweiten Republik“ (1992 – 1996).....	47
4.6.	Die ersten Mitte-Links-Koalitionen der „Zweiten Republik“ (1996 – 2001).....	49
4.7.	Der Wechsel von Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Koalitionen (seit 2001)	49
5.	Die Entwicklung des Senates anhand der Geschäftsordnungsnovellen	51
6.	Die Reformbestrebungen der republikanischen Verfassung ..	53
B.	<i>Die Historische Entwicklung der Zweiten Kammer in Österreich</i>	<i>54</i>
1.	Die Anfänge des Bikameralismus	54
1.1.	Die Verfassung 1848 („Pillersdorfsche Verfassung“)	54
1.2.	Der Kremsierer Verfassungsentwurf (1849)	55
1.3.	Die Verfassung 1849 („Oktroyierte Märzverfassung“).....	57
1.4.	Das Reichsratsstatut 1851 und die Silvesterpatente 1851	58
1.5.	Der Reformversuch 1860 („Oktoberdiplom“)	59
1.6.	Die „Reichsverfassung“ 1861	60
2.	Die Zweite Kammer von 1867 bis 1918	61

3.	Die Zwischenkriegszeit.....	64
3.1.	Die Provisorische Nationalversammlung.....	64
3.2.	Die Märzverfassung 1919.....	66
3.3.	Das Bundes-Verfassungsgesetz 1920.....	66
3.4.	Der Bundesrat zwischen 1920 und 1933.....	69
3.4.1.	Die Behandlung von Gesetzesbeschlüssen.....	70
3.4.2.	Die Gesetzesinitiative, Resolutionen, Anfragerecht	72
3.4.3.	Die sonstigen Kompetenzen	73
3.4.4.	Die Bundes-Verfassungsgesetzesnovelle 1929.....	74
3.5.	Der Bundesrat zwischen 1933 und 1938.....	75
3.5.1.	Der schrittweise Staatsstreich 1933/1934	75
3.5.2.	Der „Bundesstaat Österreich“ nach der Maiverfassung (1934 – 1938).....	77
3.5.3.	Der „Anschluss“ an das Deutsche Reich.....	77
4.	Die Phasen des österreichischen Parlamentarismus nach dem Zweiten Weltkrieg	78
4.1.	Die Zeit der Besatzung (1945 – 1955)	79
4.2.	Die Phase der Großen Koalition (1955 – 1966)	79
4.3.	Die Periode der Alleinregierungen (1966 – 1983).....	80
4.4.	Die Periode der Kleinen Koalition von SPÖ und FPÖ (1983 – 1986).....	81
4.5.	Die neue Große Koalition (1987 – 2000)	81
4.6.	Die Periode der Kleinen Koalition von ÖVP und FPÖ/BZÖ (2000 – 2006).....	82
4.7.	Die Neuauflage der Großen Koalition von SPÖ und ÖVP (seit 2007)	82
5.	Die Entwicklung des Bundesrates anhand der Geschäfts- ordnungsnovellen	83
6.	Die Reformbestrebungen der Bundesverfassung	85
C.	<i>Vergleichende Analyse</i>	87
IV.	Die Organisation der Zweiten Kammern	93
A.	<i>Die Organisation des Senates</i>	93
1.	Die Zusammensetzung und Wahl der Mitglieder des Senates)	93
1.1.	Grundsätzliches	93
1.2.	Die Senatoren auf Lebenszeit.....	96
1.2.1.	Die verfassungsrechtliche Regelung und ihre Praxis.....	96
1.2.2.	Die Funktion der Senatoren auf Lebenszeit als „Réserve de la République“	98
1.2.3.	Soziologische Betrachtungen über die derzeitigen Senatoren auf Lebenszeit	99

1.3.	Das Wahlrecht des Senates.....	99
1.3.1.	Das Regime der <i>Legge Calderoli</i> für den Senat.....	102
1.3.2.	Die Auswirkungen der <i>Legge Calderoli</i>	103
2.	Die Rechtsstellung der Mitglieder des Senates	105
2.1.	Der Beginn und das Ende des Mandates.....	105
2.2.	Die Anwesenheitspflicht der Senatoren	106
2.3.	Das freie Mandat.....	107
2.4.	Die Immunitäten der Senatoren	108
2.4.1.	Die berufliche Immunität.....	109
2.4.2.	Die außerberufliche Immunität	112
2.5.	Die Ausschlussgründe vom Wahlrecht	113
2.6.	Die Inkompatibilitäten.....	113
2.6.1.	Die Unvereinbarkeit von Organfunktionen	114
2.6.2.	Die Vereinbarkeit mit einer Berufstätigkeit im öffentlichen Dienst.....	115
2.6.3.	Die Unvereinbarkeit mit (privat-)wirtschaftlichen Tätigkeiten.....	115
2.7.	Die finanziellen Ansprüche der Senatoren	116
2.7.1.	Der parlamentarische Bezug	116
2.7.2.	Die Entschädigungen und sonstigen Vorteile	117
2.7.3.	Die Abfertigung und der Ruhebezug.....	118
2.7.4.	Die Ungleichbehandlung von Abgeordneten, die im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft beschäftigt sind	119
2.7.5.	Die Offenlegung von Einkünften.....	120
3.	Die Geschäftsordnung des Senates	121
3.1.	Die Charakterisierung der Geschäftsordnung als formale Rechtsquelle	121
3.2.	Das Entstehungsverfahren der Geschäftsordnung	123
3.3.	Die speziellen Geschäftsordnungen.....	123
4.	Die Einberufung und Durchführung von Sitzungen.....	124
5.	Die Abstimmungsarten und Formen der Stimmabgabe.....	125
5.1.	Die Ausübung des Stimmrechtes	125
5.2.	Die Durchführung von Abstimmungen und Abstimmungsarten	126
5.3.	Das Abstimmungsverfahren	128
5.3.1.	Die elektronische Abstimmungsanlage und die <i>pianisti</i>	128
6.	Die Beschlusserfordernisse sowie die Berechnung der Mehrheiten im Senat.....	129
7.	Das Parlament in Gemeinsamer Sitzung	130
8.	Exkurs: Der Sitz des Senates	131

B.	<i>Die Organisation des Bundesrates</i>	133
1.	Die Zusammensetzung und Wahl der Mitglieder des Bundesrates	133
1.1.	Grundsätzliches	133
1.2.	Die Wahl der Mitglieder des Bundesrates durch die Landtage	136
1.3.	Die Partialerneuerung des Bundesrates	137
2.	Die Rechtsstellung der Mitglieder des Bundesrates	137
2.1.	Der Beginn und das Ende des Mandates	138
2.2.	Die Anwesenheitspflicht der Bundesräte	138
2.3.	Das freie Mandat	139
2.4.	Die Immunitäten der Bundesräte	140
2.4.1.	Die berufliche Immunität	140
2.4.2.	Die außerberufliche Immunität	141
2.5.	Die Ausschlussgründe vom Wahlrecht	144
2.6.	Die Inkompatibilitäten	145
2.6.1.	Die Unvereinbarkeit von Organfunktionen	146
2.6.2.	Die Vereinbarkeit mit einer Berufstätigkeit im öffentlichen Dienst	147
2.6.3.	Die Unvereinbarkeit mit (privat-)wirtschaftlichen Tätigkeiten	148
2.7.	Die finanziellen Ansprüche der Bundesräte	149
2.7.1.	Der parlamentarische Bezug	149
2.7.2.	Die Entschädigungen und sonstigen Vorteile	150
2.7.3.	Die Abfertigung und der Ruhebezug	152
2.7.4.	Die Ungleichbehandlung von Abgeordneten, die im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft beschäftigt sind	153
2.7.5.	Die Offenlegung von Einkünften	153
3.	Die Geschäftsordnung des Bundesrates	154
3.1.	Die Charakterisierung der Geschäftsordnung als formale Rechtsquelle	155
3.2.	Das Entstehungsverfahren der Geschäftsordnung	155
3.3.	Die speziellen Geschäftsordnungen	156
4.	Die Einberufung und Durchführung von Sitzungen	156
5.	Die Abstimmungsarten und Formen der Stimmabgabe	158
5.1.	Die Ausübung des Stimmrechtes	158
5.2.	Die Durchführung von Abstimmungen und Abstimmungsarten	158
5.3.	Das Abstimmungsverfahren	159

6.	Die Beschlusserfordernisse sowie die Berechnung der Mehrheiten im Bundesrat	160
7.	Der Nationalrat und der Bundesrat in gemeinsamer Sitzung: Die Bundesversammlung.....	160
7.1.	Die Fest- und Gedenksitzungen des Nationalrates und des Bundesrates.....	162
8.	Exkurs: Der Sitz des Bundesrates.....	163
C.	<i>Vergleichende Analyse</i>	165
V.	Die Organe der Zweiten Kammern	175
A.	<i>Die Organe des Senates</i>	175
1.	Der Präsident	175
1.1.	Die Bestellung des Präsidenten	176
1.2.	Die Aufgaben	176
1.2.1.	Die organisatorischen Aufgaben	176
1.2.2.	Die Einberufung und Leitung der Plenarsitzungen.....	177
1.2.3.	Die Übermittlungs- und Mitteilungsfunktion	178
1.2.4.	Die Vertretung des Senates nach außen	178
1.2.5.	Die sonstigen Aufgaben	178
1.3.	Der Altersvorsitzende	180
2.	Die Unterstützungsorgane des Präsidenten.....	180
2.1.	Der Präsidialrat	180
2.2.	Die Vizepräsidenten.....	181
2.3.	Die Quästoren	181
2.4.	Die Sekretäre	182
3.	Die Fraktionen	182
3.1.	Die Bildung der Fraktionen.....	183
3.1.1.	Die gemischte Fraktion	184
3.2.	Die Aufgaben der Fraktionen	185
4.	Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz	186
5.	Die Ausschüsse	187
5.1.	Die Ständigen Ausschüsse	187
5.1.1.	Die Zusammensetzung.....	187
5.1.2.	Die Ausschussmitgliedschaft.....	189
5.1.3.	Die Aufgaben und Arbeitsweise der Ausschüsse	190
5.1.4.	Der Ausschussvorsitzende und der Präsidialrat	191
5.2.	Die Zweikammer-Ausschüsse	192
5.2.1.	Der Zweikammerausschuss für regionale Fragen	193
5.2.2.	Das parlamentarische Komitee für Anklageverfahren.....	193
5.2.3.	Die Aufsichts- und Kontrollausschüsse	193
5.2.4.	Die beratenden Zweikammerausschüsse	194
5.2.5.	Die gemischtparlamentarischen Ausschüsse	194

5.3.	Die Untersuchungsausschüsse	194
5.3.1.	Die Konstituierungserfordernisse und Kompetenzen	195
5.3.2.	Das Quorum für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.....	195
5.3.3.	Wichtige Untersuchungsausschüsse	196
5.4.	Die speziellen Ausschüsse	196
5.5.	Die Räte.....	197
6.	Die Mitwirkung in internationalen Organisationen	198
7.	Die Administration	199
7.1.	Die administrativen Strukturen.....	200
7.2.	Der Aufwand für den Senat	201
<i>B.</i>	<i>Die Organe des Bundesrates</i>	203
1.	Der Präsident	203
1.1.	Die Bestellung des Präsidenten	203
1.1.1.	Die Rechtslage seit der B-VG-Novelle 2005 (BGBl I 2005/54)...	204
1.1.2.	Der Hintergrund – die sog „Causa Kampl“	205
1.1.3.	Eine weitere Anwendung der „Lex Kampl“	206
1.2.	Die Aufgaben	207
1.2.1.	Die organisatorischen Aufgaben	207
1.2.2.	Die Einberufung und Leitung der Plenarsitzungen.....	208
1.2.3.	Die Übermittlungs- und Mitteilungsfunktion	210
1.2.4.	Die Vertretung des Bundesrates nach außen.....	211
1.3.	Der interimistische Vorsitzende bzw der Altersvorsitzende..	211
2.	Die Unterstützungsorgane des Präsidenten.....	212
2.1.	Die Vizepräsidenten.....	212
2.2.	Die Schriftführer	213
2.3.	Die Ordner	213
3.	Die Fraktionen	214
3.1.	Die Bildung der Fraktionen.....	214
3.1.1.	Die Abgrenzung zwischen „Fraktion“ und „Gesamtklub“	216
3.2.	Die Aufgaben der Fraktionen	217
4.	Die Präsidialkonferenz.....	217
5.	Die Ausschüsse	219
5.1.	Die ständigen Ausschüsse.....	219
5.1.1.	Die Zusammensetzung.....	219
5.1.2.	Die Ausschussmitgliedschaften	221
5.1.3.	Die Aufgaben und die Arbeitsweise der Ausschüsse	223
5.1.4.	Der Ausschussvorsitzende.....	225
5.2.	Der „ständige gemeinsame Ausschuss iSd § 9 F-VG“	226
5.3.	Die Untersuchungsausschüsse	227
6.	Die Mitwirkung in internationalen Organisationen	227
7.	Die Administration	228

7.1.	Die Parlamentsdirektion.....	229
7.2.	Der Aufwand für den Bundesrat.....	230
C.	<i>Vergleichende Analyse</i>	232
VI.	Die Partizipation der Zweiten Kammern am Gesetzgebungsverfahren	241
A.	<i>Die Partizipation des Senates an der Gesetzgebung</i>	241
1.	Einleitung.....	241
2.	Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren.....	241
2.1.	Das Gesetzesinitiativrecht.....	241
2.1.1.	Das Gesetzesinitiativrecht der Regierung.....	242
2.1.2.	Das Gesetzesinitiativrecht des Volkes.....	244
2.1.3.	Das Gesetzesinitiativrecht der Regionen.....	245
2.1.4.	Das Gesetzesinitiativrecht eines einzelnen Senators oder Deputierten.....	245
2.1.5.	Das Gesetzesinitiativrecht des CNEL.....	246
2.2.	Die Behandlung im Ausschuss.....	247
2.2.1.	Allgemeines.....	247
2.2.2.	Die Arbeit im Ausschuss.....	247
2.3.	Die Behandlung im Plenum.....	249
2.4.	Die Behandlung des Gesetzesvorhabens in der anderen Kammer.....	251
2.5.	Die Beurkundung und Veröffentlichung des Gesetzesbeschlusses.....	252
3.	Die besonderen Gesetzgebungsverfahren.....	253
3.1.	Das Verfahren in sede deliberante.....	253
3.2.	Das Verfahren in sede redigente.....	255
3.3.	Die Erzeugung der Geschäftsordnung des Senates.....	255
4.	Die Gesetzgebungsverfahren bei besonderen Legislativakten.....	256
4.1.	Die Verfassungsgesetzgebung.....	256
4.2.	Die Finanzgesetzgebung.....	257
4.3.	Die Ermächtigungsgesetze.....	258
4.4.	Die Umwandlungsgesetze von Gesetzesdekreten.....	258
4.5.	Die Amnestie- und Straferlassgesetze.....	260
B.	<i>Die Partizipation des Bundesrates an der Gesetzgebung</i>	261
1.	Einleitung.....	261
2.	Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren.....	261
2.1.	Das Gesetzesinitiativrecht.....	261
2.1.1.	Die Regierungsvorlage.....	262
2.1.2.	Das Volksbegehren.....	262

2.1.3.	Der Selbstständige Antrag von Mitgliedern des Nationalrates.....	263
2.1.4.	Das Gesetzesinitiativrecht des Bundesrates.....	264
2.1.5.	Der Selbstständige Antrag von Mitgliedern des Bundesrates	265
2.2.	Die Behandlung im Ausschuss	266
2.2.1.	Allgemeines	266
2.2.2.	Die Arbeit im Ausschuss.....	267
2.3.	Die Behandlung im Plenum	267
2.4.	Die Mitwirkung des Bundesrates.....	268
2.4.1.	Die Behandlung von Gesetzesbeschlüssen des Nationalrates im Bundesrat.....	269
2.4.2.	Das Einspruchsrecht des Bundesrates sowie der Beharrungsbeschluss des Nationalrates.....	272
2.4.2.1.	Die Verwendung des Einspruchsrechtes des Bundesrates	274
2.4.2.2.	Die Einsprüche des Bundesrates aus föderalistischen Gründen	278
2.5.	Die Beurkundung und Kundmachung des Gesetzesbeschlusses.....	279
3.	Die besonderen Gesetzgebungsverfahren.....	281
3.1.	Das Zustimmungsrrecht des Bundesrates	281
3.1.1.	Das Zustimmungsrrecht nach Art 44 Abs 2 B-VG	282
3.1.2.	Die Einschränkung der Länderzuständigkeit.....	283
3.1.3.	Das Zustimmungsrrecht bei der Genehmigung von Staatsverträgen (Art 50 B-VG)	285
3.1.4.	Das Zustimmungsrrecht nach Art 23f Abs 1 B-VG	286
3.1.5.	Das Zustimmungsrrecht nach Art 35 Abs 4 B-VG	286
3.1.6.	Das Zustimmungsrrecht nach Art 15 Abs 6 B-VG	286
3.1.7.	Das Zustimmungsrrecht nach Art 100 Abs 1 B-VG	287
3.1.8.	Die Praxis der Zustimmungsrrechte des Bundesrates	287
3.2.	Die Erzeugung der Geschäftsordnung des Bundesrates	288
4.	Die Anfechtungsmöglichkeit von Bundesgesetzen durch den Bundesrat	288
5.	Die Volksabstimmung gem Art 44 Abs 3 B-VG und der Bundesrat	289
C.	<i>Vergleichende Analyse</i>	290
VII.	Die (sonstigen) Kompetenzen der Zweiten Kammern	297
A.	<i>Die (sonstigen) Kompetenzen des Senates</i>	297
1.	Die Kontroll- und Informationsrechte des Senates	297
1.1.	Das Enquêterecht.....	298
1.2.	Das Interpellationsrecht	298

1.2.1.	Die Anfrage – die Interrogation	298
1.2.1.1.	Die dringliche Anfrage.....	299
1.2.1.2.	Die Anfrage mit sofortiger Antwort.....	299
1.2.2.	Die Interpellation.....	300
1.2.2.1.	Die Interpellation mit abgekürztem Verfahren	301
1.3.	Das Informationsrecht	302
1.3.1.	Die Untersuchung zu Informationszwecken	302
1.3.2.	Die Anhörung	303
1.4.	Das Zitationsrecht.....	304
1.5.	Das Resolutionsrecht	304
1.6.	Exkurs: Das Petitionsrecht.....	306
2.	Das Vertrauensverhältnis zwischen dem Senat und der Regierung	306
2.1.	Der Vertrauensantrag.....	307
2.2.	Das Misstrauensrecht.....	308
2.2.1.	Der Misstrauensantrag gegen die Regierung als Kollegialorgan.....	308
2.2.2.	Der Misstrauensantrag gegen einen einzelnen Minister.....	310
2.3.	Die Vertrauensfrage	311
2.3.1.	Die Divergenzen zwischen Senat und <i>Camera</i> in der Ausgestaltung der Vertrauensfrage.....	313
2.3.2.	Die Vertrauensfrage über sog „ <i>maxi-emendamenti</i> “	314
3.	Die Kompetenz des Senates zur rechtlichen Kontrolle der Vollziehung.....	316
3.1.	Die rechtliche Kontrolle des Staatspräsidenten.....	316
4.	Die Mitwirkung des Senates an der Vollziehung des Zentralstaates.....	316
4.1.	Die Mitwirkung bei der Genehmigung von Staatsverträgen des Zentralstaates	316
4.2.	Die Mitwirkung im Rahmen der Europäischen Union.....	316
4.3.	Die Mitwirkung bei der Ernennung von Organen des Zentralstaates.....	317
4.4.	Die Mitwirkung an der Auflösung eines Regional- parlamentes.....	317
4.5.	Die außerordentliche Einberufung der Kammern.....	317
B.	<i>Die (sonstigen) Kompetenzen des Bundesrates</i>	319
1.	Die Kontroll- und Informationsrechte des Bundesrates	319
1.1.	Das Enquêterecht.....	319
1.2.	Das Interpellationsrecht.....	321
1.2.1.	Die schriftliche Anfrage	323
1.2.1.1.	Die dringliche Anfrage.....	324

1.2.2.	Die mündlichen Anfragen – Fragestunde und Aktuelle Stunde	325
1.3.	Das Informationsrecht	327
1.3.1.	Die Erhebungen und die Beziehung zu Informationszwecken	327
1.3.2.	Die parlamentarische <i>Enquête</i>	328
1.4.	Das Zitationsrecht	329
1.5.	Das Resolutionsrecht	330
1.6.	Exkurs: Das Petitionsrecht	331
2.	Das Vertrauensverhältnis zwischen dem Bundesrat und der Bundesregierung	332
2.1.	Das fehlende Misstrauensrecht des Bundesrates	333
3.	Die Kompetenzen des Bundesrates zur rechtlichen Kontrolle der Vollziehung	333
3.1.	Die rechtliche Kontrolle des Bundespräsidenten	334
4.	Die Mitwirkung des Bundesrates an der Vollziehung des Bundes	334
4.1.	Die Mitwirkung bei der Genehmigung von Staatsverträgen des Bundes	335
4.2.	Die Mitwirkung im Rahmen der Europäischen Union	336
4.3.	Die Mitwirkung bei der Ernennung von Bundesorganen	336
4.4.	Die Mitwirkung an der Auflösung eines Landtages	337
4.5.	Die Einberufung des Nationalrates durch den Bundespräsidenten auf Antrag des Bundesrates	338
5.	Exkurs: Die Mitwirkung des Bundesrates an Finanzentscheidungen der Länder – Der „26er“-Ausschuss	339
C.	<i>Vergleichende Analyse</i>	340
VIII.	Die Rolle der Zweiten Kammern im Rahmen der Europäischen Union	346
1.	Der Einfluss der Europäischen Union auf die Tätigkeit der nationalen Parlamente	346
2.	Die Stellung des Europäischen Parlamentes	347
3.	Die Beteiligung der Zweiten Kammern am Rechtsetzungsverfahren der Europäischen Union	347
3.1.	Die Einflussnahme der Zweiten Kammern auf das Primärrecht	347
	a. Italien – Senat	348
	b. Österreich – Bundesrat	348
3.2.	Die Einflussnahme der Zweiten Kammern auf das Sekundärrecht	349

3.2.1.	Die Stellungnahme der nationalen Parlamente zu Rechtsetzungsvorschlägen der Europäischen Union	349
a.	Die Behandlung von Vorschlägen zu Unionsrechts- akten im Senat	350
b.	Die Behandlung von Vorschlägen zu Unionsrechts- akten im Bundesrat	352
3.2.2.	Das Subsidiaritätskontrollverfahren	356
3.2.2.1.	Das „Frühwarnsystem“ nach dem Subsidiaritätsprotokoll	357
a.	Die Umsetzung des Subsidiaritätskontrollverfahrens im Senat	359
b.	Die Umsetzung des Subsidiaritätskontrollverfahrens im Bundesrat	361
3.2.2.2.	Die Subsidiaritätsklage beim Gerichtshof der Europäischen Union	362
a.	Die Umsetzung des Klagerechtes in Italien	364
b.	Die Umsetzung des Klagerechtes in Österreich	364
3.2.3.	Die Passerelle (Brückenklausel)	365
a.	Der Senat und die Passerelle	366
b.	Der Bundesrat und die Passerelle	367
3.3.	Die Übernahme von Sekundärrecht in innerstaatliches Recht	368
a.	Die Mitwirkung des Senates an der Umsetzung von Sekundärrecht	368
b.	Die Mitwirkung des Bundesrates an der Umsetzung von Sekundärrecht	370
4.	Vergleichende Analyse	370
IX.	Die Reformbestrebungen	378
A.	<i>Die Reformbestrebungen des Senates</i>	378
1.	Die verschiedenen Reformansätze	378
1.1.	Die Bozzi-Kommission (1983 – 1985)	379
1.2.	Die De-Mita/Lotti-Kommission (1992 – 1994)	381
1.3.	Das Arbeitskomitee unter Speroni (1994)	382
1.4.	Die D’Alema-Kommission (1997)	384
1.5.	„Das Kämmerchen der Regionen“ (Camerino delle Regioni, 2001)	386
2.	Die Revision des Zweiten Teiles der Verfassung (2005)	387
2.1.	Die ersten Vorschläge von Lorenzago (2003)	387
2.2.	Die kontroversielle Diskussion über die Regierungsvorlage	388
2.3.	Die Zusammensetzung des Senates	389

2.3.1.	Zahl der Senatoren, passives Wahlalter und „Deputierte auf Lebenszeit“	389
2.3.2.	Die gleichzeitige Wahl der Senatoren mit den Regionalparlamenten	390
2.3.3.	Die Repräsentanten der Regionen und Lokalautonomien	391
2.4.	Die Differenzierung der Gesetzgebungsfunktionen	391
2.4.1.	Die drei unterschiedlichen Gesetzgebungsverfahren	392
2.4.2.	Die Gesetzesentwürfe mit vorrangiger Stellung der Camera	392
2.4.3.	Die Gesetzesentwürfe mit vorrangiger Stellung des Senates	393
2.4.4.	Die bikameralen Gesetzesentwürfe	393
2.4.5.	Die besonderen Kompetenzen der Regierung	395
2.4.6.	Der Ausschluss des Senates vom Vertrauensverhältnis	396
2.4.7.	Die neue „Versammlung der Republik“	396
2.4.8.	Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse	397
2.4.9.	Die Kontroll-, Nominierungs- und Stellungnahme-kompetenzen	397
2.4.10.	Das Schicksal des Verfassungsrevisionsgesetzes aus 2005	398
3.	Der „Entwurf Violante“ (2007)	399
3.1.	Die Zusammensetzung des Senates	399
3.2.	Die Ausgestaltung der Kompetenzen des Senates	401
3.2.1.	Das „ordentliche“ Gesetzgebungsverfahren	401
3.2.2.	Das sog „bikamerale Gesetzgebungsverfahren“	401
3.2.3.	Das Gesetzgebungsverfahren unter verstärkter Mitwirkung des Senates	402
3.3.	Das Gesetzgebungsverfahren und die Regierung	403
3.4.	Die Auswirkungen des „Entwurfs Violante“	403
3.5.	Die neuerliche Einbringung des „Entwurfs Violante“ in der XVI. GP und der aktuelle Stand	404
4.	Die aktuellen Positionen zur Senatsreform	406
4.1.	Die Reformkommissionen, der Verfassungsreform-versuch 2005 und der „Entwurf Violante“	409
4.2.	Die Kompetenzen im Gesetzgebungsverfahren	412
4.3.	Die sonstigen Kompetenzen	413
4.4.	Die Bestellung des Senates und seiner Organe	413
4.5.	Die organisatorischen Änderungen	414
B.	<i>Die Reformbestrebungen des Bundesrates</i>	417
1.	Die verschiedenen Reformansätze	419
1.1.	Die ersten Reformen (1974 – 1988)	420
1.2.	Die Strukturreformkommission (1989 – 1991)	421
1.3.	Das Perchtoldsdorfer Paktum (1992)	422

1.4.	Das Scheitern der Bundesstaatsreform 1994	423
1.5.	Der Vorschlag eines „Bundesländerrates“ (1998).....	425
1.6.	Die Aufgabenreformkommission (2000 – 2001).....	426
2.	Der Österreich-Konvent (2003 – 2005).....	427
2.1.	Die Zusammensetzung des Konventes	428
2.2.	Die Arbeit des Österreich-Konventes.....	430
2.3.	Der Fiedler-Entwurf für eine Bundesverfassung.....	430
2.4.	Die Länderpositionen zur Kompetenzverteilung	431
2.5.	Die Diskussion um die Bundesratsreform in den Ausschüssen 3 und 5	432
2.6.	Das Scheitern des Österreich-Konventes	435
3.	Der Besondere Ausschuss zur Verfassungsreform (2005 – 2006).....	437
4.	Die Expertengruppe Staats- und Verwaltungsreform (2007 – 2008).....	439
4.1.	Das Erste Paket zur Staats- und Verwaltungsreform.....	439
4.2.	Das Zweite Paket zur Staats- und Verwaltungsreform.....	440
4.2.1.	Das Drei-Säulen-Modell	440
4.2.2.	Die Variante 1 für eine Neukonzeption des Bundesrates.....	441
4.2.3.	Die Variante 2 für eine Neukonzeption des Bundesrates.....	443
4.2.4.	Das Scheitern des Zweiten Paketes zur Staats- und Verwaltungsreform.....	445
5.	Die aktuellen Positionen zur Bundesratsreform	445
5.1.	Die Reformkommissionen (Österreich-Konvent, Expertengruppe)	449
5.2.	Die Kompetenzen im Gesetzgebungsverfahren.....	450
5.3.	Die sonstigen Kompetenzen	452
5.4.	Die Bestellung des Bundesrates und seiner Organe	454
5.5.	Die organisatorischen Änderungen	456
C.	<i>Vergleichende Analyse</i>	459
X.	Zusammenfassung und Schlussbemerkungen	465
	Literaturverzeichnis	471
	ANHANG	511